

Links & aktuell

DIE LINKE.Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 7

09. April 2010

Standbetreuung 1. Mai 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen die Veranstaltung des DGB im Rotehornpark auch in diesem Jahr mit einem Stand unterstützen.

Von 10:00 bis 17:00 Uhr

sind daher dringend MitstreiterInnen gesucht! Wer mit dabei sein kann, meldet sich bitte bei Ines Sedlick unter der Telefonnummer: 8190008!

Eva von Angern
Stadtvorsitzende

Wir gehen weiter! Maiaufruf 2010 des Stadtverbandes Magdeburg

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“
Unter diesem Motto veranstaltet der DGB die Maiveranstaltung.
Wir rufen alle Genossinnen und Genossen zur Teilnahme und zur Demonstration auf.

Wir sind für:

- die Ablehnung der Rente ab 67
- einen bundesweiten Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde
- eine Ablehnung der Kopfpauschale im Gesundheitswesen
- Hartz IV muss weg

Am 01.Mai 2010 wollen wir für diese Forderung auf die Straße gehen.
2009 fand nach 20 Jahren der Einheit die erste Maidemonstration in Magdeburg statt. Fast 300 Magdeburger und Magdeburgerinnen haben an dieser Demonstration teilgenommen.
Wir treffen uns um **8.30 am Haus der Gewerkschaft**, und wollen **dann um 9.00 Uhr** mit der Demonstration beginnen.
Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu recht herzlich eingeladen.

Wir gehen weiter:

Thomas Waldheim
stellver. Vorsitzender Stadtverband
Magdeburg

Kinderrechte ins Grundgesetz

„Ein Runder Tisch zu den jüngsten Missbrauchsfällen an Schulen und Internaten ist ein erster Schritt, reicht zur Verhinderung von Missbrauchsfällen jedoch nicht aus“, erklärt Rosemarie Hein, Sprecherin für allgemeine Bildung der Fraktion DIE LINKE, zum geplanten Runden Tisch der Bundesministerinnen Kristina Schröder und Annette Schavan am 23. April. Hein weiter:

„Die jüngsten Missbrauchsfälle sind schwere Straftatbestände, die weder entschuldigt noch verharmlost werden dürfen, zumal die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegt. Die lückenlose Aufklärung dieser Fälle hätte schon viel eher beginnen müssen. Die Schuldigen müssen dafür endlich juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Die Verjährungsfristen im Zivilrecht müssen heraufgesetzt werden, um die Möglichkeit eines Anspruches auf Schmerzensgeld für Opfer länger zu erhalten.

Das allein reicht aber nicht aus. Es müssen außerdem Konsequenzen für die pädagogische Arbeit gezogen werden, um zukünftig Missbrauchsfälle zu verhindern und schnell eingreifen zu können. Die Rechte und das Selbstbewusstsein von Kindern müssen gestärkt werden, damit sie eine Verletzung ihrer Persönlichkeit artikulieren und sich zur Wehr setzen können. Pauschalverurteilungen von Personengruppen oder Institutionen sind fehl am Platz und dürfen den Blick auf den Kern des Problems nicht trüben. Die Betroffenen müssen wissen, an wen sie sich wenden können.

Darüber hinaus müssen Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen gezielt weitergebildet werden, um der Problematik angemessen begegnen zu können. Wir fordern zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen. Eine bessere finanzielle Ausstattung und Vernetzung von Beratungsstellen, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen ist dringend geboten.

DIE LINKE fordert aus diesen Gründen die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz.“

**Am 9.4.**

Fritz Tronnier zum 84.
Kurt Friedrichsen zum 74.
Ursula Bekurts zum 73.

Marlene Meseberg zum 67.

Am 11.4.

Elfriede Heinrichs zum 82.
Wolfgang Kersten zum 72.

Mathias Merten zum 22.

Am 12.4.

Bernd Netzband zum 60.

Am 13.4.

Herbert Rasenberger zum 78.

Am 15.4.

Paula Schattschneider zum 86.

Am 16.4.

Wolfgang Gruchenberg zum 54.

Am 17.4.

Heinz Wiedemann zum 80.

Am 19.4.

Rosemarie Weiß zum 73.

Am 20.4.

Elke Schulz zum 60.
Frank Theile zum 52.
Jörg Hulverscheidt zum 44.

Am 21.4.

Renate Künemund zum 79.
Wolfgang Schmidt zum 73.

Am 22.4.

Joachim Spaeth zum 59.

Termine**Am 15.04.2010**

10:00 Uhr
GBM
Ebendorfer Straße 3

16:00 Uhr
Mitgliederversammlung
BO Zentrum Süd

Am 20.04.2010

15:00 Uhr
Mitgliederversammlung
OV Stadtfeld

Am 22.04.2010

16:30 Uhr
Mitgliederversammlung
BO Semmelweißstraße
Gartenlokal "Mein Heim"

Am 5.06.2010

Regionalkonferenz

Am 19.06.2010

Basiskonferenz
Gewerkschaftshaus

Redaktionsschluss für die Ausgabe Nr. 08 von Links&aktuell ist der **16.04.2010**.

Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadtvorstandes abgegeben werden. Oder per Mail:

linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:

stadtvorstand@die linke-magdeburg.de

**Die Ausgabe 8
erscheint am 23.
April 2010**

**Netzwerk DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt
geründet**

Am 17. Februar trafen sich im Frauenzentrum Weibervirtschaft in Halle Mitglieder und Sympathisantinnen der Partei DIE LINKE zum Gründungstreffen des Netzwerkes DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt.

Auf dem Treffen informierte Birke Bull (stellvertretende Fraktions- und Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt) über parlamentarische Initiativen der LINKEN im Landtag – so zur Gleichstellung von eingetragenen LebenspartnerInnen im Landesrecht, zur Ergänzung des Diskriminierungsverbotes in Artikel 3 des Grundgesetzes und zur Förderung einer schulischen Sexualpädagogik und Antidiskriminierungsarbeit, die vielfältige Lebensweisen emanzipatorisch aufgreift. Ants Kiel informierte über die Arbeit des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt und über die CSD-Termine 2010 in Magdeburg und Halle.

Wir verabredeten die weitere Unterstützung der Kampagne „3+“ des LSVD. Wir rufen dazu auf, sich rege unter www.artikeldrei.de zu beteiligen oder auf den Unterschriftenlisten zu unterschreiben, die in den Vereinen ausliegen.

Wir lenkten die Blicke auch auf das Land Berlin. Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom April 2009 und der finanziellen Untersetzung in Höhe von über 2 Millionen Euro für die Jahre 2010/2011 hat die Hauptstadt bundesweit eine Vorreiterrolle im Engagement für die Akzeptanz von Vielfalt und gegen Homophobie eingenommen. Maßgeblich sind hierbei auch PolitikerInnen der LINKEN wie der Landesvorsitzende Klaus Lederer engagiert bzw. mit Carola Bluhm (Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales) für die Umsetzung federführend verantwortlich.

Sachsen-Anhalt liegt hier um Längen zurück. Es stehen bei uns zunächst „Hausaufgaben“ in Grundlagen an – sei es die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften im Landesrecht oder die Neufassung des Erlasses zur schulischen Sexualerziehung. Wir bleiben dran.

Das nächste Treffen des Netzwerkes ist am Mittwoch, den 4. August um 18.30 Uhr in Halle geplant.
Birke Bull, Ants Kiel

LINKE kritisiert Eintragung des iranischen Botschafters in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Magdeburg

Wie am 31. März 2010 einer Pressemitteilung der Landeshauptstadt Magdeburg zu entnehmen war, trug sich der Botschafter der Islamischen Republik Iran Ali Reza Sheikh Attar in das Goldene Buch der Stadt Magdeburg ein. Vorher wurde er durch Ministerpräsident Böhmer empfangen. Nach Informationen aus exiliranischen Quellen war Ali Reza Sheikh Attar in der Zeit von 1980 bis 1985 als Gouverneur in den kurdischen Gebieten des Iran für zahlreiche Morde und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Hier wurde keinem "normalen" Botschafter die Ehre erwiesen, sondern dem Vertreter eines die Menschenrechte missachtenden Regimes, welcher wohl auch selber an Verletzungen von Menschenrechten und Terror beteiligt war. Eintragung ins Goldene Buch und Empfang durch Böhmer sind ein Schlag ins Gesicht der Opfer des iranischen Regimes, ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die im Iran unter Lebensgefahr gegen die mörderische Diktatur kämpfen, ein Schlag ins Gesicht vieler tausend iranischer Oppositioneller, die im Exil leben. Mit der Ehre der Eintragung ins Goldene Buche wurde signalisiert, dass Folter, Mord, die Unterdrückung von Frauen, die Verfolgung von religiösen und ethnischen Minderheiten, die brutale Niederschlagung friedlicher Proteste, die Ermordung von Homosexuellen, das unbeirrt vorangetriebene Atomprogramm sowie die Leugnung des Holocaust und Vernichtungsdrohungen gegen Israel keine Konsequenzen haben. Der Magdeburger Stadtverband der Partei DIE LINKE kritisiert, das erst im Nachhinein die Öffentlichkeit über den Besuch des Botschafters informiert wurde. So sollten wohl Proteste vermieden werden. Der stellvertretende Stadtvorsitzende Dennis Jannack fordert die Stadtverwaltung (und auch die Landesregierung) auf, Vertreterinnen der demokratischen iranischen Opposition einzuladen und sich mit den Menschenrechtsverletzungen im Iran auseinanderzusetzen.

Ortsverband "Karl Liebknecht" diskutierte.

Die Genossinnen und Genossen aus Magdeburg-Reform hatten am 16. März zu einer Auswertung des Stadtparteitages der "Linken" eingeladen. Es gab auch Anlass zu einem Zusammentreffen mit unserem Landesvorsitzenden bei dieser Gelegenheit. Der Genosse Berfelde, als Delegierter, gab zunächst einen Bericht über den Verlauf der Beratung der Partei in unserer Stadt.

Danach schilderte uns Genosse Hoehn ausführlich den widerspruchreichen und komplizierten Verlauf der Sitzung im Bundesvorstand unserer Partei zur Nominierung der zukünftigen Führungsspitze in unserer Partei.

Es war abzusehen, daß es zu einer kritischen und lebhaften Diskussion kommen würde. So wie es sich für eine demokratische Partei gehört, gab es dann auch eine von Sorge, Sachlichkeit und Optimismus gekennzeichnete Debatte sehr vieler der über 30 anwesenden Parteimitglieder und Gäste über die Zukunft der Partei und ihre Ziele.

Alle Anwesenden waren sich darin einig diesen Geist des gemeinsamen Ringens um unsere Vorstellungen von der Zukunft auch in den Disputen um die inhaltliche Gestaltung unseres im Entstehen begriffenen Parteiprogramms zu pflegen.

Abschließend wurde aus Anlass des Ablebens von Jupp Angenfurth auch seiner Persönlichkeit gedacht.

Jürgen Clausen 21. März 2010

Podiumsdiskussion: MONSANTO und die Ko-Existenz - Ende der Wahlfreiheit?"

Datum: Dienstag, 20. April 2010

Zeit: 20:15 - 21:30

Ort: Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt, Otto-v-Guericke-Str. 5, Magdeburg

Kurzfilm: „David gegen Monsanto“ und Ansprache von Percy Schmeiser mit Übersetzung durch Bernward Geier

anschl. Podiumsdiskussion (ca. 1h)

Moderator: Bernward Geier

Teilnehmer:

- Percy Schmeiser (zugesagt)
- Prof. Hubert Weiger (zugesagt)
- Carsten Niemann Landwirt/Vertreter der gentechnikfreien Regionen (angefragt)
- Oliver Wendenkamp, Stadtrat Fraktion SPD-future-Tierschutz, Vorsitzender des Ausschuss „Umwelt und Energie“ (zugesagt)

Abschaffen des Numerus Clausus gelingt nur über Kapazitätserweiterung und bessere Finanzausstattung

Zum Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Rösler (FDP), den Numerus Clausus für das Medizinstudium abzuschaffen, erklärt Hendrik Lange, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion:

„Der Numerus Clausus (NC) für das Medizinstudium ist in erster Linie eine Reaktion auf den Studienplatzmangel an den Medizinischen Fakultäten. Die Diskussion um die Abschaffung des NC ist daher auch gleichzeitig eine Diskussion um Kapazitätserweiterungen in der Ärzteausbildung, wenn sich die Studienbedingungen nicht verschlechtern sollen. Da die Nachfrage nach einem Medizinstudium ungebrochen ist, haben wir in Deutschland ein hausgemachtes Angebotsproblem. Angesichts der angespannten Haushalte in den Bundesländern ist hier im Zuge einer gesamtstaatlichen Aufgabe auch der Bund bei der Mitfinanzierung gefragt.“

Fraglich bleibt jedoch, ob allein mit einer Erhöhung der Studierendenzahlen der ungleichen Verteilung von Medizinern zwischen Stadt und Land begegnet werden kann. Dem Mangel an Hausärzten in ländlichen Regionen muss im Studium vielmehr dadurch begegnet werden, dass Studieninhalte durch entsprechende Lehrstühle vertreten und durch Forschung auf dem aktuellsten Stand gehalten werden. Quotenregelungen oder Verpflichtungen erinnern zu sehr an das abzulehnende System der Studienlenkung. Vielmehr bedarf es einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der „Landärzte“ und Allgemeinmediziner, um diese Form des Arztberufes attraktiver zu gestalten.“

Magdeburg, 6. April 2010